These 21

Von den materiellen Kosten der Einheit ist zu viel, von den immateriellen Lasten der Teilung ist zu wenig die Rede.

— · — · —

Über das Zusammenwachsen der Deutschen

Wolfgang Böhmer

Der Blick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte ist ein doppelter: auf zwei Staaten und dabei gleichzeitig auf zwei Gesellschaftssysteme. Deutschland war vierzig Jahre geteilt. In dieser Zeit haben sich auch unterschiedliche Erinnerungskulturen und mentale Dispositionen herausgebildet, die bis heute nachwirken und das Zusammenwachsen prägen. Die untergegangene DDR hat tiefe Spuren hinterlassen, selbst bei jenen, die ihr eher kritisch und distanziert begegneten. Von einem gesellschaftlichen Konsens über die historische Bewertung der DDR und ihre Einordnung in die deutsche und europäische Geschichte sind wir noch weit entfernt.

Viele Westdeutsche sehen das Leben in der DDR vor allem durch den staatlichen Repressions- und Machtapparat geprägt. Fraglos gehören die Stasi und ihre moralische Hinterlassenschaft zu den großen immateriellen Lasten der deutschen Einheit. Bis heute ist diese Erbschaft nicht überwunden. Wie auch? 1989 waren ca. 91.000 hauptamtliche und rund 173.000 Informelle Mitarbeiter für die Stasi tätig. Als allgegenwärtiges Überwachungsorgan war sie auch im Alltag der schweigenden Mehrheit präsent. In diesem Zu-

sammenhang ist zu Recht von der DDR als einer „Erziehungsdiktatur" gesprochen worden.

Aber der DDR-Alltag hatte noch andere Facetten, die von der Datschen-Idylle über den Urlaub an der Ostsee bis zum Nachbarschaftsfest reichten. Denn die Beherrschung der Gesellschaft durch die SED hatte durchaus ihre Grenzen. Von diesen „Nischen" wusste man im Westen nicht so viel.

Umgekehrt machten sich viele DDR-Bürger Illusionen über „den" Westen. Was wussten sie über die föderalen und verfassungsrechtlichen Strukturen der Bundesrepublik? Wie vertraut waren ihnen parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft? So manche sahen in der Bundesrepublik ein Paradies auf Erden und waren, als sie es nicht fanden, bitter enttäuscht. Ein ausgewiesener Kenner der DDR-Geschichte spricht in diesem Zusammenhang von der „arkadischen Sehnsucht in weiten Teilen des Ostens", und er sieht in dieser Sehnsucht „eine besonders langfristige Folge der Diktatur".

Die Sozialisation in West und Ost verlief vierzig Jahre völlig konträr. Eine Bilanz der deutschen Einheit kann und darf sich deshalb nicht auf das Materielle beschränken. Gerade die immateriellen Probleme, über die seltener gesprochen wird, beeinflussen bis heute das Zusammenleben in Deutschland. Besonders groß sind die Unterschiede auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall in wichtigen soziokulturellen Bereichen geblieben.

In keinem anderen Punkt unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche mehr als in ihrer Haltung zu Fragen der Religion. Säkularisierung und Entchristlichung waren in der DDR bis zu ihrem Untergang weit fortgeschritten. Schon 1959 gingen 80 Prozent der Jugendlichen in der DDR zur Jugendweihe, die deutlich atheistische Züge hatte. Gleichzeitig nahm die Kirchenbindung immer stärker ab. Die Auswirkungen der kirchenfeindlichen Politik der SED

sind bis heute spürbar. In Ostdeutschland gehört nur jeder Fünfte der evangelischen und jeder Zwanzigste der katholischen Kirche an. Im Westen sind je knapp 40 Prozent Mitglied einer der beiden großen Kirchen. Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen bezeichnet sich als nichtreligiös. In der alten Bundesrepublik sind es nur 19 Prozent. Auch die Jugendweihe ist im Osten nach wie vor beliebt. Etwa zwei Drittel der jeweiligen Alterskohorte nehmen an ihr teil. In Westdeutschland ist die Jugendweihe hingegen die große Ausnahme. Das vormals ganz überwiegend lutherische Ostdeutschland ist heute weitgehend eher kirchenfern. Hierin unterscheidet sich die ostdeutsche von allen anderen westlichen Gesellschaften.

Auch hat sich in den vierzig Jahren der Teilung kein gemeinsames Geschichtsbewusstsein entwickeln können. In der alten Bundesrepublik blickte man mit Stolz auf eine erfolgreiche vierzigjährige Nachkriegsgeschichte zurück. Die Demokratie war fest verankert, nicht zuletzt dank der Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft. Nie ist ein Teil der Deutschen schneller wohlhabend geworden als in dem Vierteljahrhundert nach 1950. Auch daran werden viele DDR-Bürger 1989/90 gedacht und Hoffnungen geknüpft haben. Aber diese Prosperität war das Resultat eines abrupten Wandels der wirtschaftlichen Leitideen, der Wirtschaftsordnung, der internationalen Institutionen und der Wirtschaftspolitik nach 1945. Das waren singuläre Voraussetzungen. Am Vorabend der friedlichen Revolution war die Sozialstruktur der alten Bundesrepublik hoch differenziert und charakterisiert durch Einkommensunterschiede.

Ganz anders war die Situation in der DDR. Sie blieb bis 1989 eine nivellierte Gesellschaft mit einem geringen durchschnittlichen Erwerbs- und Transfereinkommen, das die sozialen Unterschiede zu beseitigen versuchte und Tendenzen einer „sozialen Entdifferenzierung" aufwies. Ihre soziale Schichtung unterschied sich markant von der bun-

desrepublikanischen. Ein Mittelstand und eine Kultur der Selbstständigkeit existierten in der DDR nicht. Ihre Bürger lebten in einer planwirtschaftlichen Fürsorgediktatur, in der aber auch der Mangel ungleich verteilt war. Als Kompensation für die politische Unfreiheit vermittelte der vormundschaftliche Staat seinen Bürgern das Gefühl sozialer Geborgenheit und Sicherheit. Der Preis dafür war ein schmerzlicher Verlust an individueller Freiheit, der nicht mehr empfunden wird, seit es ihn nicht mehr gibt.

Das Gedächtnis des Menschen ist kurz. Vergangenes wird oft ausgeblendet oder verklärt. Mit der Realität hat das nicht viel zu tun. Aber schon viel mehr mit den immateriellen Lasten der Einheit. Die DDR-Gesellschaft hat jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war eine Schimäre. Der staatlich subventionierte Konsum, der nicht durch Leistungen gedeckt war, und die dramatische Verschuldung hätten 1991 zum Staatsbankrott geführt, wie Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, bereits 1989 in seinem Bericht an das Politbüro ausführte. Aber die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war nach Krenz' Worten „der Sozialismus in der DDR". Es ging um mehr als den Staatsbankrott. Es ging um die Legitimation der DDR, die sie sich in der Vergangenheit teuer hatte erkaufen müssen.

Dass dem Staat in den neuen Bundesländern eine vergleichsweise höhere Verantwortung gegenüber dem Bürger und der Wirtschaft zugewiesen wird, während in den alten Bundesländern die Eigenverantwortlichkeit stärker betont wird, ist Ausfluss einer solchen Staatsdoktrin, die quer zu Eigenverantwortung und Selbstbestimmung steht. Dass Ostdeutsche in der Vergangenheit in Umfragen mehr für ein sozialistisches als für ein westeuropäisches Wohlfahrtsstaatsmodell optierten, überrascht vor diesem Hintergrund nicht. Ihre Wertvorstellungen sind geprägt von ihren Erfahrungen im Sozialismus, und ihre wirtschafts- und

sozialpolitischen Vorstellungen weisen mehr Ähnlichkeit mit den ost- und mittel- als mit den westeuropäischen Ländern auf.

Wie sehr die gegensätzliche Sozialisation bis heute den Alltag und das Verständnis von Demokratie und Staat in Ost und West beeinflusst, zeigt sich auch im Gebrauch der Sprache. In der alten Bundesrepublik und in der DDR wurde zwar die gleiche Sprache gesprochen, aber die Vorstellungen, die sich mit ganz bestimmten Begriffen verbinden, weichen noch immer voneinander ab. Solidarität, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit werden unterschiedlich definiert und begrifflich ausgefüllt. Für die einen bedeutet Freiheit, frei zu sein von materiellen Zwängen, und diese Freiheit hat der Staat zu garantieren. Für die anderen heißt Freiheit, für sich selbst verantwortlich zu sein. Beide Interpretationen sind nicht deckungsgleich. Das führt schnell zu Missverständnissen.

Die Enttäuschung vieler ehemaliger DDR-Bürger hat Bärbel Bohley prägnant auf den Punkt gebracht, als sie davon sprach: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat." Dahinter verbirgt sich eine unrealistische Vorstellung über und eine überzogene Erwartung an den Rechtsstaat. Gerechtigkeit ist eine moralische Kategorie und ein nur subjektiv ausgefüllter Begriff. Nicht alles, was Recht ist, ist auch gerecht, und der Rechtsstaat kann nicht garantieren, dass alles immer gerecht zugeht. Das mag für die Opfer von Unterdrückung und Verfolgung nur ein schwacher Trost sein. Aber der Rechtsstaat achtet das geltende Recht, während in einer Diktatur das gesetzte Recht nur ein Mittel zum Zweck ist. Eine Parole der friedlichen Revolution lautete: „Rechtssicherheit spart Staatssicherheit." Für einen Mitarbeiter der Stasi war sie unverständlich. Er schrieb stattdessen: „Reichssicherheit spart Rechtssicherheit." Nur eine Randnotiz im Herbst 1989, aber eine sehr bezeichnende.

Unterschiedliche Vorstellungen über bestimmte Begriffe führen auch zu einer unterschiedlichen Gewichtung von politischen Werten. Im Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit entscheiden sich noch immer sehr viel mehr Ostdeutsche für Gleichheit, während sie die individuellen Freiheitsrechte für weniger wichtig erachten. Man wird solche Einschätzungen nur richtig verstehen können, wenn man die Sozialstruktur der DDR berücksichtigt und weiß, welchen Stellenwert der Arbeitsplatz im Leben der DDR-Bürger hatte. Er nahm in ihrer Wertehierarchie einen Spitzenplatz ein. Die Arbeitsstelle war mehr als nur ein Ort produktiver Tätigkeit. Sie war vor allem eine vertraute Umgebung und ein Ort sozialer Gemeinschaft. Im Westen wurden Beruf und Privates strikt getrennt, im Osten bildeten sie fast eine Einheit, der Einzelne war fest eingebunden in sein Kollektiv.

In Ost- und Westdeutschland hatten Waren einen Preis. Trotzdem hatte sich ein Bedeutungswandel entwickelt. In der DDR hatte überall eine Ware einen vom Staat festgelegten Preis. Wer nie etwas anderes kennengelernt hatte, für den wurde unbewusst der Preis einer Ware zu einem Wertäquivalent. Jeder Bürger der Bundesrepublik wusste und weiß, dass der Preis ein Marktäquivalent ist und nichts mit dem Wert einer Ware zu tun haben muss. Als nach der Währungsunion die Preise freigegeben wurden, vermuteten nicht Wenige einen staatlich legitimierten Betrug.

Auch andere Wertungen und Lebenshaltungen hatten sich verändert. Als 1953 nur noch staatlich angestellte Ärzte ambulant arbeiten durften und keine eigenen Niederlassungen mehr genehmigt wurden, gab es vielfältige Proteste. Viele Ärzte beschworen ihre Freiberuflichkeit und wollten keine „Staatsknechte“ werden. Als um 1990 nach ein bis zwei Generationen die Polikliniken aufgelöst wurden, protestierten nicht wenige Ärzte, die angestellt bleiben und keine „Unternehmer und Kaufleute“ werden wollten.

Über eine längere Zeit sind Menschen im begrenzten Maße formbar. Darüber haben wir zu wenig oder wenigstens mit zu wenig Einfühlungsvermögen miteinander gesprochen. Alles hatte sich nach 1990 abrupt geändert.

Die DDR-Betriebe waren besonders stark vom wirtschaftlichen Transformationsprozess betroffen. Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf den Alltag und die Sozialbeziehungen der ostdeutschen Beschäftigten bleiben. Ende 1993 waren nur noch 29 Prozent der im November 1989 Erwerbstätigen ununterbrochen im selben Betrieb tätig. Mehr als die Hälfte hatte, oft mehrfach, an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen. Besonders stark betroffen von der Transformation der Wirtschaftsstruktur waren Frauen. Ihre Arbeitslosigkeit war überproportional hoch. Vor der friedlichen Revolution 1989 waren 91 Prozent der erwerbsfähigen ostdeutschen Frauen berufstätig. Das war die höchste Rate in Europa. Dieses Niveau konnte nach 1990 nicht mehr gehalten werden. Es entsprach auch nicht der bundesrepublikanischen Lebenswirklichkeit.

Für die Betroffenen war das kein Trost. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist eine einschneidende biografische Erfahrung. Subjektiv hatte die Planwirtschaft den Arbeitsplatz und soziale Gerechtigkeit garantiert. Wie groß musste dann die Enttäuschung über die Soziale Marktwirtschaft sein? Dass der westliche Wohlstand an wirtschaftliche Freiheit und Selbstverantwortung gebunden ist, dass es einen Zusammenhang zwischen Gleichheit und Unfreiheit gibt (je gleicher eine Gesellschaft ist, desto unfreier wird sie) und dass die soziale Sicherheit der DDR und der materielle Wohlstand der alten Bundesrepublik sich gegenseitig ausschließen, konnte damals und kann bis heute nicht bestritten werden, ist aber für Menschen, die von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen sind, unerheblich. Die gefühlte und als solche wahrgenommene Wirklichkeit ist immer wirkungsmächtiger.

War die Planwirtschaft sozial gerechter als die Soziale Marktwirtschaft? Was bedeutet überhaupt soziale Gerechtigkeit? Über kaum eine andere Frage wird in Ost und West so kontrovers diskutiert. Für die einen bedeutet Gerechtigkeit möglichst viel Gleichheit, für die anderen wiederum das genaue Gegenteil. Ist nur gerecht, was mir nützt? Ist Gerechtigkeit nicht immer interessegeleitet? Wenige Begriffe sind so schillernd und in ihrem Gehalt so umstritten. Der Ökonom Friedrich von Hayek meinte, „dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat".

Auch wenn von Hayek Recht hätte, die Debatte würde nicht verstummen. Ein sich verfestigender Unterschied in den Gerechtigkeitsvorstellungen zwischen Ost und West wird nicht ohne Auswirkungen auf die mentale Verankerung des politischen Systems bleiben. Für viele ehemalige DDR-Bürger war die DDR der sozial gerechtere Staat. Das wird in fast allen Umfragen durchgängig behauptet. Wer nicht auf eine weiterführende Schule bzw. zur Universität durfte oder wer sogar enteignet wurde, sieht das naturgemäß anders. Auch war die Ungleichheit in der DDR bei der Vermögensverteilung etwa so groß wie in der Bundesrepublik. Modernisierungsverlierer wird das kaum interessieren. Die Verklärung der DDR als sozial gerechtere Gesellschaft ist das Resultat einer gefühlten Unterprivilegierung und subjektiver Erfahrung. Es hilft in diesem Kontext wenig, darauf hinzuweisen, wie sehr sich die Lebenssituation vieler Ostdeutscher in kürzester Zeit verbessert hat. Jetzt vergleicht man sich nicht mehr mit seinem Nachbarn, sondern mit der Lebenssituation im westlichen Teil Deutschlands.

Zutreffend ist aber auch: Während sich für die meisten Bürger der Bundesrepublik nach 1989 nichts veränderte und grundsätzlich alles beim Alten blieb, kam es in den Biografien von vielen ehemaligen DDR-Bürgern zu einschneidenden Veränderungen und Brüchen, die nachwir-

ken. Lebensgeschichtlich betrachtet waren die immateriellen Lasten der Einheit ungleich verteilt. Zwangsläufig konnten Enttäuschungen über die Soziale Marktwirtschaft und die politischen Institutionen der alten Bundesrepublik auf der einen Seite und die Betonung vermeintlich positiver Seiten der DDR andererseits nicht ausbleiben.

Das kulturelle und mentale Zusammenwachsen gestaltet sich jedenfalls schwieriger als 1990 vermutet. Liberale und totalitäre Sozialisationserfahrungen wirken bis heute nach. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 hat das nochmals deutlich gemacht. Die immateriellen Probleme und Lasten der deutschen Einheit und deren Folgen für das Zusammenwachsen zweier Gesellschaften wurden offensichtlich unterschätzt. Manche soziokulturellen Unterschiede haben sich im Laufe der Jahre nicht aufgelöst, sondern sogar verfestigt. Sie sind vor allem generationenbedingt. Dass sie in zwanzig oder dreißig Jahren noch die gleiche Bedeutung haben wie gegenwärtig, ist sehr unwahrscheinlich. Umfragen unter Jugendlichen lassen eher eine Nivellierung erwarten. Sorge bereitet vielmehr deren zum Teil unhistorisches und diffuses DDR-Bild. Die noch bestehenden mentalen Unterschiede werden sich auswachsen.

Ich möchte zum Schluss eine Frage aufwerfen, welche die *Neue Zürcher Zeitung* 2004 gestellt hat: „Können ein Alt-Bundesrepublikaner und ein ehemaliger DDR-Bürger überhaupt je das gleiche Geschichtsbild haben?“ Ich meine: Warum sollte das nicht möglich sein? Anknüpfungspunkte gibt es. Die friedliche Revolution bietet sich als ein gemeinsamer Fixpunkt an. Das heutige Deutschland ist das Ergebnis einer demokratischen Revolution, deren wichtigste Ziele Freiheit, Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Einheit waren. Die friedliche Revolution steht in der Tradition deutscher Freiheitsbewegungen. Sie fand nicht gegen, sondern im Einverständnis mit ihren Nachbarn in Ost und West statt, und sie war gewaltlos. Das un-

terscheidet sie von der Bismarckschen Reichseinigung. Die deutsche Geschichte kennt nicht viele solcher großen Freiheitsmomente. Hieraus könnte ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein erwachsen. Noch ist die Erinnerung an die friedliche Revolution kein Allgemeingut. Selbstvergewisserung ist aber unerlässlich. Ohne ein gemeinsames Zusammengehörigkeitsgefühl und ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein wird eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung kaum gelingen. Denn jede Zukunft braucht auch eine Herkunft. Dass wir im vereinten Deutschland trotz mancher immaterieller Altlasten viel Herkunft für eine gute gemeinsame Zukunft haben, wer wollte das ernsthaft bestreiten?

Literatur

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. – München u. a.: Piper, 2008.

Schröder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. – München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2006.

Wehler, Hans-Ulrich: Bundesrepublik und DDR: 1949–1990. – München: Beck, 2008. – (Deutsche Gesellschaftsgeschichte; 5).